

stellt wurde. Faktisch hat sich dadurch am Bund-Länder-Verhältnis weder finanziell noch politisch etwas geändert.

Insgesamt ein gelungener und lesenswerter, vor allem in den ersten beiden Dritteln überzeugender Band, der die weitere Diskussion um den Bundesstaat bereichern und anregen wird.

*Anton Pelinka, Fritz Plasser, Wolfgang Meixner* (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 22). Wien: Signum-Verlag 2000, 484 S., DM 81,-.

*Anton Pelinka, Sieglinde Rosenberger*: Österreichische Politik. Grundlagen, Strukturen, Trends. Wien: WUV-Universitätsverlag 2000, 266 S., DM 41,-.

*Lothar Döhn*

Zu Fragen und Positionen, die sich an die auch international Aufsehen erregende „Wende“ der österreichischen Politik 1999/2000 protestierend, besorgt, beschwichtigend oder ausdrücklich zustimmend knüpfen, gibt das Sammelwerk österreichischer Sozialwissenschaftler verschiedener Disziplinen aktuell Auskunft. Die Autoren äußern sich jedoch nicht ausschließlich vor diesem Hintergrund zur „Zukunft der österreichischen Demokratie“. Vielmehr ist der Band so angelegt, dass er die Ursachen, den Ablauf und mögliche weitere Entwicklungen im schon seit längerem stattfindenden Wandel der europaweit singulären korporatistischen Konsens- und Proporzdemokratie zu einem neuen System darstellen und analysieren will. Insofern verdienen die einzelnen Beiträge mehr als nur ein punktuellles Interesse an der einen tiefen Einschnitt markierenden Koalition der ÖVP mit der FPÖ Haiders nach deren Aufstieg in 13 Jahren von einer Kleinpartei zur im europäischen Vergleich weitaus erfolgreichsten Partei eines neuen Rechtspopulismus.

In historischen Längsschnitten wird in fünf thematisch untergliederten Kapiteln zu Gesellschaft und politischen Institutionen reichhaltiges Material ausgebreitet und analysiert zur ethnographischen und sozioökonomischen

bzw. sozialstrukturellen Entwicklung, zur politischen Kultur, zu Parteien und Wahlen, zu Medien und neuen Informationssystemen, zu Institutionen des politischen Prozesses (einschließlich ihres korporatistischen, von kleinen Entscheidungseliten bisher dominierten Zusammenwirkens in der strukturell und in ihrer Funktion zunehmend an Gewicht einbüßenden „Sozialpartnerschaft“). Es gelingt den Autoren, den Wandel der Gesellschaft und des politischen Systems entsprechend dem Untertitel des Bandes – „Trends, Prognosen und Szenarien“ – in gut nachvollziehbarer Weise darzustellen und erwartbare, mögliche, auch alternativ denkbare Entwicklungspfade zu zeichnen. Für die Verlässlichkeit zumindest einiger dieser Trendaussagen und Prognosen spricht, dass sie trotz des kurzen Zeitraums seit Erscheinen des Buches infolge des beschleunigten Politikwandels unter der neuen Regierung für bestimmte Politikbereiche und Institutionen bereits bestätigt sind. Eine längere Dauer der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ halten die Autoren für möglich, jedoch auch bei grundsätzlich gleichbleibendem Trend des Systemwandels verschiedene Regierungskoalitionen: SPÖ/Grüne, SPÖ/FPÖ oder wieder SPÖ/ÖVP. Jedoch müsste hierbei deutlicher für die SPÖ und insbesondere für die ÖVP die Funktion der in ihnen korporatistisch repräsentierten Arbeitnehmer angesichts des inzwischen institutionell vor allem von der FPÖ betriebenen Wandels der Sozialverhältnisse einschließlich der hierdurch wachsenden Konfliktbereitschaft der Gewerkschaften berücksichtigt werden. Als wesentliches Merkmal und Ursache für den bereits seit längerem erfolgenden Systemwandel wird ausführlich sozialempririsch der Wandel der politischen Kultur dargestellt, und zwar als Konsequenz von Steuerungsproblemen und Effizienzdefiziten eines als selbstblockierend und immobil wahrgenommenen Systems unter dem Vorzeichen sozialen (Alters-, Sozial- und Beschäftigungsstruktur, Werte) und ökonomischen Wandels. Im Hinblick auf letzteren hätte die Analyse sich nicht nur auf den ökonomischen Paradigmenwechsel und Hinweise auf die Folgen von Globalisierung und EU beschränken dürfen, sondern müsste auch auf die zunehmende Dominanz internationalen Kapitals eingehen – nicht nur im Handel und bei den Printmedien, sondern noch folgenreicher im ehemals staatlichen Sektor (Großindustrie,